

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe November 2025

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche Selbstverständnis des Redaktionsteams sowie das Impressum mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- [**Editorial**](#)
- [**Ralf Lankau: Die pädagogische Wende oder: Über die notwendige Besinnung auf das Erziehen und Unterrichten**](#)
- [**John Hattie warnt vor falsch verstandener Individualisierung des Lernens**](#)
- [**Susanne Lienhard: Ich habe gemerkt, dass es mir ohne 'Social Media' besser geht**](#)
- [**GiB: Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft**](#)
- [**Multipolar: ZDF-Journalisten werfen Sender Unterdrückung kritischer Themen und Stimmen vor**](#)
- [**Florian Warweg: Die medial angeheizte Drohnen-Hysterie fällt jeden Tag mehr in sich zusammen**](#)
- [**Karin Leukefeld: Die Rechte der Palästinenser in Den Haag und real ihr Leben in den Trümmern von Gaza**](#)
- [**Zeitgeschehen im Fokus: Gaza: "Dieser Plan ist ganz eindeutig im Interesse Israels"**](#)
- [**Zeit-Fragen: UN-Experten fordern, gegen Untätigkeit bzgl. der rechtswidrigen Besetzung durch Israel vorzugehen**](#)
- [**Positionspapier "Jenseits der Staatsraison": Neuausrichtung der deutschen Israelpolitik?**](#)
- [**Tilo Gräser: Studie: Sanktionen töten Millionen Menschen**](#)
- [**Pino Arlacchi: Die große Lüge über Venezuela: Die Geopolitik des Erdöls, getarnt als Kampf gegen Drogen**](#)
- [**Georges Hallermayer: Burkina Faso mobilisiert die Massen**](#)
- [**UNO: Die Sicherheit, die wir brauchen**](#)
- [**H. Ritz: Warum der Weltfrieden von Deutschland abhängt**](#)
- [**A. Goldbrunner: ... in Berlin auf der Straße für den Frieden**](#)
- [**Joe Lauria: Gegenseitige Hilfe oder Gleichgewicht des Schreckens**](#)

Zitat des Monats von J. F. Kennedy (10.06.1963):

Zu viele Menschen unter uns glauben, dass es nicht möglich sei, in Frieden zu leben.

Zu viele denken, dass dies unrealistisch sei. Dies ist jedoch eine gefährliche, defätistische Ansicht. Sie führt zu der Schlussfolgerung, dass Krieg unvermeidbar ist und dass die Menschheit dem Schicksal verfallen ist und von Kräften geleitet wird, die sie nicht kontrollieren kann. Wir müssen diese Ansicht nicht akzeptieren.

Unsere Probleme wurden von Menschen verursacht,
weshalb sie auch von Menschen gelöst werden können.

Editorial

Die ersten drei Beiträge beschäftigen sich mit den Gefahren der **Digitalisierung des Lernens**. Ralf Lankau und John Hattie warnen aus wissenschaftlicher Sicht davor, Lernen, Erziehen und Unterrichten an die Medientechnik abzugeben und so die Kollaboration mit der Lehrperson und den Mitschülern zu eliminieren. Susanne Lienhard berichtet von einem dreiwöchigen handyfreien Experiment mit Jugendlichen, welches deutlich positive Auswirkungen auf die **psychische Gesundheit** hatte. Das Thema **Gesundheit und ihre Gefährdung durch Krankenhaus-“Reformen”** greift eine Broschüre der Initiative ‘Gemeingut in Bürgerinnenhand’ (GiB) ausführlich auf. Leider wird es immer schwieriger, solch wichtige, aber politisch unliebsame Themen im **öffentlichen Rundfunk** darzustellen, was Joe Sperling am Beispiel ZDF aufzeigt. Ein anderes konkretes Beispiel für stattdessen verbreitete Berichte sind Meldungen über russische Drohnen im NATO-Gebiet, die Florian Warweg als Falschmeldungen entlarvt.

Karin Leukefeld beschreibt in zwei Beiträgen die **menschenverachtenden und völkerrechtswidrigen Verbrechen**, die Israel in Palästina begeht und bezeichnet auch den Trump'schen Friedensplan als nur im Interesse Israels. Gegen Israels Vorgehen nehmen 30 UN-Experten ausdrücklich und deutlich Stellung und auch in Deutschland fordern über 100 Nahost-Experten eine **Neuausrichtung der deutschen Israel-Politik**. Generell ist in diesem Zusammenhang auch die **illegale Sanktionspolitik des Westens** zu kritisieren, die laut Tilo Gräser in den letzten 10 Jahren über eine halbe Million Todesopfer jährlich gefordert hat.

In **Venezuela** drohen die USA gerade mit fadenscheinigem Vorwand einen neuen Krieg anzuzetteln, während in **Burkina Faso** sich die neue Regierung von westlichen Übergriffen frei zu machen scheint.

Der UN-Generalsekretär kritisiert in seinem aktuellen Bericht die “eskalierenden Militärausgaben” und betont die Notwendigkeit der **Diplomatie als Friedenssicherung**. “Warum der Weltfrieden von Deutschland abhängt”, legt Hauke Ritz in seinem neuesten Buch dar. Sehr erfreulich ist, dass am 13.09.2025 in Berlin viele Menschen gegen den Völkermord in Palästina **auf die Straße** gegangen sind; Ala Goldbrunner berichtet und geht dabei auf die interessanten Reden ein. Abschließend erinnert Joe Lauria an Pjotr Kropotkin, der das **Prinzip gegenseitiger Hilfe** als eine anthropologische, ja sogar als eine biologische Konstante gesehen hat.

[Inhalt ↑](#)

- Ralf Lankau: **Die pädagogische Wende oder: Über die notwendige Besinnung auf das Erziehen und Unterrichten**

Hinsichtlich der problematischen Nutzung digitaler Medien durch Kinder und Jugendliche sieht der Medienpädagoge Ralf Lankau in den Empfehlungen der Leopoldina positiv, "die Nutzung von Smartphones in Kitas und Schulen bis einschließlich Klasse 10 zu untersagen". Doch hinsichtlich des offenen Ergebnisses und der konkreten Vorschläge für die Schulpraxis, die die vom Bildungsministerium für Bildung eingerichtete Expertenkommission irgendwann liefern wird, ist Lankau skeptisch. Seine Skepsis sieht er darin begründet, dass einerseits im Koalitionsvertrag eine Beschleunigung der Digitalisierung der Schulen zum Ziel gesetzt wurde und dass es beim Papier der Kommission zu "Einflussnahmen von politischen und wirtschaftlichen Interessenverbänden und allen möglichen Lobbyisten mit ihren Partikularinteressen" kommen wird. Die geplante Schüler- und Bildung-ID, "die jedes Kind zugewiesen bekommt und unter der alle Schulleistungen und Ausbildungsdaten gespeichert und ausgewertet und ggf. Maßnahmen zugewiesen werden", sollte nach Lankau komplett gestrichen werden. Denn diese ID habe mit Pädagogik und dem Schutz der Persönlichkeitsrechte Minderjähriger nicht zu tun.

Für Lankau sind Smartphone- und Social-Media-Verbote Symptombekämpfung, solange sie nicht mit einer Korrektur der Bildungspolitik einhergehen. Es gehe darum, junge Menschen nicht als möglichst automatisiert zuzurichtendes "Humankapital mit validierten Kompetenzen" zu behandeln, sondern darum, jungen Menschen zu helfen, zu autonom handelnden und reflektiert agierenden Persönlichkeiten zu werden. Und: "Wir müssen uns auf eine soziale, am Menschen orientierte Wirtschaft und auf die Verpflichtung gegenüber dem Anderen und das Gemeinwohl besinnen. Statt Prozessoptimierung und Effizienzsteigerung müssen Begriffe wie Emanzipation, Reflexionsvermögen und Selbstbestimmung als Teil einer sozialen Gemeinschaft und der Bildungseinrichtungen zu Leitbegriffen werden." Für Lankau gilt: "Die Schule ist ein sozialer Raum. Der Mensch, man glaubt es nicht immer, ist ein soziales Wesen, das in und durch Gemeinschaft lernt und direkt miteinander kommuniziert statt über Bildschirme – wenn man ihn lässt und dafür Räume und Anlässe schafft, im Unterricht zum Beispiel."

Ralf Lankau, Jg. 1961, ist Grafiker, Philologe und Kunstpädagoge. Er ist seit 2002 Professor für Mediengestaltung und Medientheorie an der Hochschule Offenburg. Er leitet die grafik.werkstatt, forscht zu Experimenteller Medienproduktion in Kunst, Lehre und Wissenschaft und publiziert zu Design, Kommunikationswissenschaft und Medien-Pädagogik. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- John Hattie warnt vor falsch verstandener Individualisierung des Lernens

Der neuseeländische Bildungsforscher John Hattie stellt die großen Versprechen des digital befeuerten individualisierten Lernens infrage. Mit Blick auf personalisierte und selbstgesteuerte Lernformen warnt er: Forschungsergebnisse zeigen kaum messbare Fortschritte, ihre Effektivität liegt unterhalb der Grenze für bedeutsame Wirksamkeit. Das größte Problem von individualisiertem und personalisiertem Lernen liegt laut Hattie "in der Überbetonung des Alleinarbeitens. Der Kern schulischen Lernens war schon immer Zusammenarbeit und soziales Lernen – das Lernen mit und von anderen. Nicht jeder, nicht jede lernt am besten, wenn er oder sie völlig allein entscheidet. Viele Lernende brauchen Struktur, Anleitung und ein gemeinsames Ziel. Wenn [...] Schüler hauptsächlich individuell, in ihrem eigenen Tempo und auf ihre eigene Weise lernen, laufen sie Gefahr, zu isolierten 'Einzellernenden' zu werden, anstatt die kollaborativen Fähigkeiten zu entwickeln, die für bedeutsames Lernen entscheidend sind."

Hattie weiter: "Die Gefahr des Scheiterns von individualisiertem und personalisiertem Lernen liegt [...] in einem grundlegenden Missverständnis von Differenzierung. [...] Gute Differenzierung bedeutet nicht, dass [...] Schüler unterschiedliche Aufgaben erhalten. [...] Die Forschung zeigt:

Hohe Erwartungen können die Lernrate von [...] Schülern verdoppeln. Lehrkräfte mit hohen Erwartungen differenzieren nicht innerhalb ihrer Erwartungen, sondern beim Weg und bei dem Tempo, um diese zu erreichen. [...] Anstelle von individualisiertem, selbstgesteuertem oder personalisiertem Lernen schlage ich deshalb einen anderen Ansatz vor – ich nenne ihn ‘maßgeschneidertes Lernen’. Maßgeschneidertes Lernen bedeutet eben nicht, jedem Kind ein eigenes Curriculum zu geben oder den Lernenden die Kontrolle über ihr Lernen zu geben. Vielmehr bedeutet es, dass Lehrkräfte ihren Unterricht basierend auf dem Lernfortschritt jedes einzelnen Schülers [...] gezielt anpassen. [...] Gleichzeitig setzt maßgeschneidertes Lernen auf die Kraft der Gemeinschaft: [...] Schüler lernen in erheblichem Maße voneinander – im Guten wie im Schlechten. Unsere Aufgabe ist es, sicherzustellen, dass sie auf die richtige Weise voneinander lernen. Maßgeschneidertes Lernen beruht daher auf der professionellen Expertise und dem Urteil der Lehrkräfte. Die Klarheit einer Lehrkraft hat beispielsweise einen mehr als doppelt so starken Einfluss auf die Lernergebnisse wie eine oberflächliche Personalisierung im Unterricht.“

John Hattie, Jg. 1950, ist Professor für Erziehungswissenschaften und Direktor des ‘Melbourne Education Research Institute an der University of Melbourne’. In der Hattie-Studi, eine führt er die Ergebnisse von über 800 Meta-Analysen zu schulischen Lernstandserhebungen zusammen, die er im Buch “Visible Learning” präsentierte. Darin legte er dar, dass es beim Lernerfolg der Schüler stark auf die Lehrperson ankommt. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- Susanne Lienhard: Ich habe gemerkt, dass es mir ohne ‘Social Media’ besser geht

Im Rahmen von drei handyfreien Wochen haben jugendliche Teilnehmer bei einer Studie erlebt, wieviel befriedigender und tiefer echte menschliche Begegnungen sind, welchen Erholungswert Aktivitäten in der Natur haben und wie angenehm es ist, wenn der ständige Vergleich und der Druck, immer online sein zu müssen, wegfallen. Viele wünschen, diesen Zustand über die drei Wochen hinaus bewahren zu können. Der Psychologe Oliver Scheibenbogen, der das Experiment begleitete, war selbst überrascht, wie stark das Wohlbefinden beim Verzicht auf das Handy anstieg. Das Experiment habe auch gezeigt, dass 77% der Teilnehmer eine zu intensive und problematische Internetnutzung hatten. Bei einem Drittel der Jugendlichen kam es zu Entzugserscheinungen wie Kopfschmerzen, Schlafproblemen, Nervosität und Gereiztheit. 25% der Jugendlichen haben laut Scheibenbogen nach dieser Erfahrung im analogen Leben ihren Smartphone-Gebrauch nachhaltig verändert, die Bildschirmzeit reduziert, ‘Social-Media’-Konten gelöscht etc. Die depressive Symptomatik habe sich nach der dreiwöchigen Abstinenz um 30% reduziert, sei danach allerdings wieder etwas angestiegen, aber nicht mehr auf den Ausgangswert. Er empfiehlt, dieses Experiment auch an anderen Schulen zu wiederholen, weil diese Generation gar nicht mehr weiß, wie es ohne Handy ist. Zudem plädiert er für handyfreie Schulen, da Kinder und Jugendliche aufgrund ihrer biologischen Entwicklung nicht in der Lage seien, attraktiven emotionalen Reizen (z. B. Snapchat-Flammen) aus eigener Kraft zu widerstehen, da das Frontalhirn erst im Alter von 28 Jahren voll ausgereift sei. Lienhard beschreibt den Verlauf bzw. die bei dem Experiment, das 48 von 69 Jugendlichen durchgehalten haben, aufgetretenen Ereignisse und Erfahrungen sehr detailliert.

Susanne Lienhard ist Schweizer Gymnasiallehrerin in Mathematik und Physik. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

• GiB: Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft

In ihrer Broschüre "Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft" (PDF, 139 Seiten) der Organisation 'Gemeingut in BürgerInnenhand' wird beschrieben, wie die Schließungen und Privatisierung die medizinische Versorgung verschlechtern, aber auch was wir dagegen tun können. "[Ziel der vorliegenden Broschüre ist es, über den Umfang, die Ursachen und die Folgen des Krankenhauskahlschlags aufzuklären und die solidarischen Alternativen aufzuzeigen.](#)" Nach einer Bestandsaufnahme in Kapitel 1 skizzieren wir in Kapitel 2 die Entwicklung der Krankenhauslandschaft in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten und beleuchten die zentralen politischen Weichenstellungen für ihre Umstrukturierung zugunsten von Privatisierung und Kommerzialisierung. In Kapitel 3 zeigen wir auf, wie wir den Krankenhauskahlschlag stoppen und eine solidarische, bedarfsgerechte und gemeinwohlorientierte Krankenhausversorgung aufbauen können. Kapitel 4 beleuchtet den Vormarsch der Krankenhauskonzerne durch den Einfluss einer Schließungslobby aus Gesundheitsökonomen und konzernnahen Akteuren. Kapitel 5 entkräftet eine Reihe von gängigen Mythen über kleine, allgemeinversorgende Krankenhäuser und gibt Argumente für den Erhalt wohnortnaher Krankenhäuser an die Hand. Zum Abschluss der Broschüre haben wir in Kapitel 6 einen Werkzeugkasten zusammengestellt, um Aktive, die sich in ihrem Landkreis oder ihrer Stadt gegen eine drohende Schließung zur Wehr setzen, zu unterstützen.

Die Ausführungen, Analysen und Argumente dieser Broschüre basieren auf der Arbeit des Bündnis Klinikrettung. Es ist im Jahr 2020 auf Initiative von Krankenhausbeschäftigte und aktiven Klinikretter*innen in ganz Deutschland entstanden. 20 Vereine und Initiativen sind unter seinem Dach versammelt. Seit seiner Gründung klärt das Bündnis über die verheerenden Folgen des Krankenhauskahlschlags auf und setzt sich für den flächendeckenden Erhalt und Wiederaufbau der stationären klinischen Versorgung in Deutschland ein. Das Ziel ist eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung für alle Menschen – unabhängig von ihrem Wohnort – und die Bereitstellung von Versorgungskapazitäten, die auch im Katastrophenfall ausreichen."

[Jorinde Schulz](#) macht Recherche und Öffentlichkeitsarbeit für 'Gemeingut in BürgerInnenhand e. V.' (GiB). Sie ist [Mitherausgeberin](#) von "Generalverdacht. Wie mit dem Mythos Clankriminalität Politik gemacht wird". (Red.)

[Laura Valentukeviciute](#) ist Sozialwissenschaftlerin, Mitbegründerin und Koordinatorin von GiB; sie arbeitet als Autorin und Referentin und sprach mehrfach als [Sachverständige](#) im Deutschen Bundestag. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

• Multipolar: ZDF-Journalisten werfen Sender Unterdrückung kritischer Themen und Stimmen vor

Der Investigativjournalist Joe Sperling hat seinem Arbeitgeber [ZDF "interne Zensur" und die Abstrafung nicht-linientreuer Mitarbeiter vorgeworfen](#). "Kritische Themen verschwinden, unbequeme Kollegen werden versetzt", sagte er in einem Interview am 22.10.2025. Wer intern Fragen stellt oder widerspricht, riskiere seine Karriere in dem öffentlich-rechtlichen Sender. Entsprechenden Journalisten würden von Vorgesetzten "die Produktionsmittel entzogen" oder sie müssten die Redaktion wechseln, kritisierte Sperling. Er habe dies selbst erlebt. Ohne Begründung sei er nach 17 Jahren beim ZDF-Magazin "frontal" (Berlin) zum Boulevard-Magazin "hallo deutschland" (Mainz) versetzt und damit "kaltgestellt" worden. Sperling bestätigte damit als Betroffener die Schilderungen seines langjährigen Kollegen Michael Halbach bei "frontal", der vor dem Landtag Vorwürfe bzgl. fehlender "innerer Rundfunkfreiheit" gegenüber ihm und zwei Kollegen erhob, die dann entlassen bzw. strafversetzt worden seien. Besagte Vorwürfe betreffen unter anderem die "Gefahr eines Themenfilters", die laut Halbach durch die alleinige

Entscheidungshoheit der Redaktionsleitungen gegeben sei. Ähnliche Kritik wurde bereits 2022 gegenüber dem NDR vorgebracht und zuletzt vom ehemaligen Tagesschau-Redakteur Alexander Teske geäußert.

Das Magazin '[Multipolar](#)' legt Wert auf multiperspektivischen Journalismus, gründliche Analysen und pointierte Kommentare zu Politik und Gesellschaft. Das leserfinanzierte Magazin wurde 2020 von den Journalisten Stefan Korinth, Paul Schreyer und Ulrich Teusch gegründet. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- **Florian Warweg: Die medial angeheizte Drohnen-Hysterie fällt jeden Tag mehr in sich zusammen**

Fast alle "[Russen-Drohnen](#)"-Berichte der letzten Wochen aus Deutschland, Polen, Frankreich, Norwegen, Litauen und Dänemark haben sich laut Florian Warweg mittlerweile als unbegründet herausgestellt. In Litauen waren es Zigaretten-Schmuggler, in Norwegen, beim Frankfurter Flughafen sowie beim Warschauer Präsidentenpalast "Hobbydrohnenpiloten", die ihren Neuerwerb testen wollten. Die Bundeswehr sah sich gezwungen, SPIEGEL-Berichte zu angeblichen Überflügen zu dementieren. Auch in Dänemark legten Politik und Polizei den Rückwärtsgang ein. Auch auf dem angeblichen "russischen Drohnen-Tanker", den französische Spezialeinheiten medienwirksam am 27.09.2025 in internationalen Gewässern bei Saint-Nazaire aufgebracht hatten, wurden keine Drohnen an Bord gefunden und der Tanker durfte seine Fahrt fortsetzen. Der Drohnenvorfall am 19.09. in Polen wurde nicht von einem belarussischen, sondern von einem ukrainischen jungen Mann provoziert und diente nicht wie behauptet der Spionage. Warweg berichtet auch, dass der Weltmarktführer bei Drohnen ab Beginn 2025 die Annäherung an sensible Einrichtungen nicht mehr blockiert, sondern der Nutzer nur noch gewarnt werde. Allerdings würden Politiker wie der Bundeskanzler, der Verteidigungsminister und der CSU-Chef trotzdem die Beschuldigungen Russlands aufrechterhalten, was aber mittlerweile auch bei Korrespondenten der Leitmedien zunehmend auf Ablehnung stoße.

[Florian Warweg](#), Jg. 1979, gehört seit Juni 2022 zum Redaktionsteam der NachDenkSeiten. Zuvor arbeitete er u.a. im Bundestag sowie für das Lateinamerikaportal amerika21 und 'RT DE'. Von 2003 bis 2009 hatte er längere Arbeits- und Studienaufenthalte im Nahen Osten und Lateinamerika. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- **Karin Leukefeld: Die Rechte der Palästinenser in Den Haag und real ihr Leben in den Trümmern von Gaza**

Laut dem der UN-Vollversammlung vorgestellten Gutachten des IGH (Internationaler Gerichtshof), siehe [UN-Resolution 79/232](#), ist Israel als Besatzungsmacht verpflichtet, das humanitäre Völkerrecht zu erfüllen. Das bedeutet, die "Bevölkerung des besetzten palästinensischen Gebiets mit den für das tägliche Leben notwendigen Gütern [zu versorgen], darunter Nahrungsmittel, Wasser, Kleidung, Bettzeug, Unterkünfte, Brennstoff, medizinische Versorgungsgüter und Dienstleistungen". Das bedeutet laut Karin Leukefeld auch, dass Hilfskräfte und medizinische Mitarbeiter sowie Einrichtungen respektiert und geschützt werden müssten und dass "Zwangsumsiedlungen und Deportationen in den besetzten palästinensischen Gebieten verboten" seien, was zu respektieren sei. Ebenfalls einig waren sich die zehn Richter, dass "geschützte Personen aus den besetzten palästinensischen Gebieten, die vom Staat Israel inhaftiert" seien, das Recht haben, durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz besucht zu

werden. Durch die Gegenstimme der pro-israelischen Richterin Julia Sebutinde (Uganda) habe es zu folgenden Punkten keine Einstimmigkeit gegeben: Nämlich, dass Israel Hilfsmaßnahmen zugunsten der Bevölkerung zustimmen und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln erleichtern“ müsse, insbesondere durch UNRWA sowie durch andere internationale Organisationen und Drittstaaten und “diese Hilfsmaßnahmen nicht zu behindern“. Auch wurde keine Einigkeit erzielt, dass Israel “als Besatzungsmacht nach dem internationalen Menschenrecht verpflichtet“ sei, “die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten palästinensischen Gebiete zu achten, zu schützen und zu verwirklichen.“

Die Realität des anhaltenden Vernichtungskrieges gegen die Palästinenser ist laut Leukefeld vermutlich so gut dokumentiert, wie kaum ein anderer Vernichtungsfeldzug in der jüngeren Geschichte. Aber westliche Medien würden kaum berichten, dass der ehemalige Verteidigungsminister Yoav Gallant die Bewohner im Gaza-Streifen als “menschliche Tiere“ bezeichnete und eine totale Blockade von Strom- und Wasserversorgung ankündigte. Ebenfalls wenig publiziert sei, dass Verteidigungsminister Israel Katz den Palästinensern schon als Knesset-Abgeordneter mit einer zweiten Nakba gedroht hatte, sollten sie die palästinensische Fahne hissen. Und auch, dass Katz im Juli dieses Jahres für die wiederholt Vertriebenen im Gaza-Streifen die Errichtung von “humanitären Internierungslagern“ in den Ruinen von Rafah ankündigte. Laut von Leukefeld zitierten Quellen sind 92% der Wohnungen, 88% aller Werkstätten und Geschäfte, 125 Krankenhäuser und Kliniken zerstört. 62% der Bewohner des Gaza-Streifens haben ihre Besitzurkunden für Land und Häuser verloren.

Karin Leukefeld, Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

• Zeitgeschehen im Fokus: **Gaza: “Dieser Plan ist ganz eindeutig im Interesse Israels“**

Nach Karin Leukefeld kann man“ davon ausgehen, dass es einigermaßen ruhig bleibt, solange die Leichen der gefangenen Israeli noch nicht alle übergeben sind. Das Hauptinteresse von Netanjahu und Trump liegt darin, die Bevölkerung in Israel zu beruhigen,“ Netanjahu aus der Schusslinie zu bringen und Israel zu stabilisieren, zu rehabilitieren. Wenn betont werde, der 20-Punkte-Plan diene dazu, das Netanjahu erreichen kann, was er wolle, dann seien die Perspektiven für die nicht in die Entstehung des Plans eingebundenen Palästinenser sehr kritisch zu sehen. Zumal Netanjahu betone, der Kampf sei noch nicht zu Ende. Leukefeld fragt: “Wann ist er denn zu Ende? Wenn alle Palästinenser getötet oder vertrieben sind? [...] Es gibt fortlaufend Zerstörungen von Häusern. Das Flüchtlingslager in Jenin ist fast vollständig zerstört worden. Seit Monaten gibt es Vertreibungen aus verschiedenen Regionen im Westjordanland.“ Mit der fortlaufenden Errichtung von israelischen Siedlungen im Westjordanland, sei der international geforderte, von Israel abgelehnte Palästinenserstaat nicht realisierbar.

Leukefeld stellt die Vorgänge in Nahost in den historischen Zusammenhang seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und erinnert daran, dass sowohl Netanjahu, als auch die Siedlerbewegung und die Trump-Administration offen von Groß-Israel sprechen. Leukefeld erinnert auch an die Entstehung und Entwicklung der Hamas als Teil der Bewegung der Muslimbrüderschaft, deren Hauptakteure sie in der Türkei, Ägypten und Katar sieht, die im Unterschied zur Hamas bei der Verabschiedung des 20-Punkte-Plans einbezogen waren. Was im Hintergrund alles vereinbart werde, damit auch die anderen Mächte in Nahost, wie Saudi-Arabien oder die Emirate stillhalten, werde nicht publiziert. Deutschland, Frankreich und Großbritannien seien nicht frei, da sie versuchen, den militärischen Schutz der USA nicht zu verlieren.

Zeitgeschehen im Fokus plädiert für die Rechtsstaatlichkeit und die direkte Demokratie der Schweiz, die Gleichwertigkeit der Menschen und die Unbedingtheit einer friedlichen Konfliktlösung, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte definiert werden. (Red.)

Inhalt ↑

- Zeit-Fragen: UN-Experten fordern die Staaten auf, gegen die Untätigkeit hinsichtlich der rechtswidrigen Besetzung durch Israel vorzugehen

Über 30 namentlich bekannte UN-Experten haben eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der sie die UN-Mitgliedsstaaten auffordern, ihren Verpflichtungen nach internationalem Recht nachzukommen, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um Israels Angriffe auf die Palästinenser zu stoppen und seine rechtswidrige Besatzung zu beenden. Die Experten sind entsetzt darüber, dass sich an der “fortgesetzten Präsenz Israels in den besetzten Gebieten” nichts geändert hat, obwohl diese vor einem Jahr mit einer Resolution der Generalversammlung auf der Basis eines Gutachtens des IGH (Internationaler Gerichtshof) für rechtswidrig erklärte wurde. Und dies, obwohl “alle Staaten verpflichtet sind, die jahrzehntelange Besetzung nicht anzuerkennen, zu unterstützen oder zu begünstigen”. Und, obwohl die Resolution klarstelle, “dass jeder Staat, der die Besetzung und die damit verbundenen Verstöße weiterhin unterstützt, begünstigt oder anderweitig dazu beiträgt, Gefahr läuft, gegen das Völkerrecht zu verstößen und sich internationaler Verbrechen mitschuldig zu machen.”

Mit den seit 700 Tagen anhaltenden Angriffen seien mindestens 230'000 Palästinenser getötet und verletzt worden, würden 2,1 Millionen Zivilisten hungern, werde der gesamte Gaza-Streifen in Schutt und Asche gelegt und die gesamte Bevölkerung gewaltsam vertrieben, oft mehrfach. Und die Gewalt greife auch auf das Westjordanland über, ohne dass Israels Exekutive, Parlament und Gerichte etwas dagegen unternommen hätten. Laut den Experten sind Sanktionen unvermeidlich, “auch gegen Israel, gegen Einzelpersonen und gegen Unternehmen, die mit einem Völkermordregime Geschäfte machen”. So müsse u.a. Israel aus der UNO ausgeschlossen und mit einem vollständigen Waffenembargo belegt werden. Und die UN-Mitgliedstaaten müssten alle Bürger und Besucher, die in der israelischen Armee zum Besetzungs-, Apartheid- und Völkermordregime beigetragen haben, strafrechtlich verfolgen. “Je länger Staaten diese Beziehungen aufrechterhalten, desto mehr festigen sie die Normalisierung und legitimieren die Illegalität – und fördern gleichzeitig die Straflosigkeit und machen sich selbst zu Komplizen internationaler Verbrechen.”

Zeit-Fragen, eine genossenschaftlich organisierte, weltanschaulich, politisch und finanziell unabhängige Zeitung, erscheint 14-tätig, auch in englischer, französischer und seltener italienischer Sprache. (Red.)

Inhalt ↑

- Positionspapier “Jenseits der Staatsraison”: Neuausrichtung der deutschen Israelpolitik?

Am 02.10.2025 stellten über 100 Nahostexperten ihr Positionspapier mit dem Titel “Jenseits der Staatsraison: Wie historische Verantwortung, strategische Interessen und Völkerrecht in Einklang gebracht werden können – Expertenpapier für eine nahostpolitische Wende” in Berlin vor und forderten darin eine Neuausrichtung der deutschen Israelpolitik (siehe auch Video, 1h05). Das “Papier präsentiert einen breiten, überparteilichen Konsens unter Nahostsachverständigen und Experten in anderen relevanten Bereichen hinsichtlich der dringenden Notwendigkeit eines neuen Politikansatzes für Deutschland, auch innerhalb der Europäischen Union. Viele der Empfehlungen

gelten gleichermaßen für andere Staaten und internationale Akteure. Das Papier ist geleitet von einem festen Bekenntnis zum Völkerrecht und zum Grundgesetz, einem Bewusstsein für historische Verantwortung und tief empfundener Empathie für die unzähligen unschuldigen Opfer der humanitären Katastrophe im Nahen Osten. Dazu gehören Israelis, die am 7. Oktober 2023 von der Hamas und anderen militärischen Gruppen getötet, misshandelt und entführt wurden, sowie die große und stetig wachsende Zahl von Palästinensern, die seitdem von Israel getötet, misshandelt und ohne ordentliches Verfahren inhaftiert wurden.“

Den sehr erfahrenen Verfassern und den zuarbeitenden Fachleuten geht es in ihren 10 Punkten darum, das Völker- und EU-Recht durchzusetzen, bei Friedensbemühungen gleiche Rechte und Selbstbestimmung zu priorisieren, zivilgesellschaftliches Engagement für Frieden und Versöhnung zu stärken, Friedensaussichten untergrabenden Positionen effektiv und konsequent entgegen zu treten, die UNO und den Multilateralismus zu schützen, die Relevanz der EU zu stärken, umfassende historische Verantwortung zu übernehmen, konfliktgetriebene Polarisierung ganzheitlich anzugehen sowie eine Kultur gemeinsamer humanistischer Werte zu fördern. Die Verfasser fordern, die Bundesregierung sollte “humanistischen Prinzipien in Lehrplänen im deutschen und europäischen Schulwesen einen höheren Stellenwert einräumen, einschließlich der Lehren, die aus dem Gaza-Krieg infolge des 7. Oktobers und der fehlgeleiteten Staatsräson-Doktrin zu ziehen sind, um die Universalität der Menschenwürde breiter und fester zu verankern und jeder Form der Entmenschlichung entgegenzuwirken“.

Laut Maike Gosch genießen die Verfasser und Absender des Papiers ein überwiegend hohes Renommee. Dies und das zunehmende “Bewusstwerden der Verbrechen Israels und der Unhaltbarkeit der deutschen Position” lasse offensichtlich eine “[sachliche Berichterstattung und weitgehend kommentarfreie Wiedergabe der Inhalte](#)“ zu. Allerdings bleibe “abzuwarten, inwieweit die konkreten Handlungsempfehlungen eine Änderung der aktuellen Politik nach sich ziehen“.

[Maike Gosch](#), Jg. 1972, studierte Jura und arbeitete als Rechtsanwältin für Medienrecht, dann als Kommunikationsstrategin und freie Autorin. Sie unterstützt “NGOs, Stiftungen sowie alle Unternehmen und Menschen, die sich eine gute Sache einsetzen”. Sie ist auch eine erfahrene Dozentin für Storytelling und politische Kommunikation. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

• Tilo Gräser: Studie: Sanktionen töten Millionen Menschen

Sanktionen werden als außenpolitische Strafmittel eingesetzt, um das Verhalten der damit angegriffenen Länder zu verändern. Laut dem Magazin ‘The Lancet Global Health’ hat die Häufigkeit und Dauer solcher Sanktionen seit 1950 stetig zu genommen, während ihre Erfolgsquote bei der Erreichung des erklärten Ziels bei etwa 30% bleibt. Das Magazin stellt aufgrund seiner Untersuchung fest: “Durch ihre direkten Auswirkungen auf den Zugang zu medizinischen Produkten, die Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen und die psychische Gesundheit der Bevölkerung sowie durch ihre indirekten Auswirkungen auf Gesundheitsfaktoren wie Ernährungssicherheit und sozioökonomische Entwicklung untergraben Sanktionen unweigerlich oder sogar absichtlich das Recht der Menschen auf Gesundheit.“

Die [Folgen der Auswirkungen haben allein in den letzten zehn Jahren jährlich rund 560'000 Todesfälle verursacht](#). Diese Zahl liegt deutlich über derjenigen der in Kriegen jährlich Getöteten (rund 100'000 jährlich) im selben Zeitraum. Die Autoren stellen fest, dass vor allem einseitige Sanktionen, wie sie insbesondere von den USA verhängt werden, negative Auswirkungen auf die Sterblichkeit in den Altersgruppen der Bevölkerung der betroffenen Länder haben. Neugeborene, Kinder und ältere Menschen seien besonders von den Sanktionen betroffen und ihre Sterblichkeit in deren Folge deutlich gestiegen. Angesichts der geringen Wirksamkeit und der erheblichen und

ungleichen Auswirkungen auf die Gesundheit ist es für die Autoren fraglich, ob Wirtschaftssanktionen die Zahl der Todesfälle im Vergleich zu militärischen Aggressionen sinnvoll reduzieren.

Tilo Gräser, Jg. 1965, diplomierter Journalist, war seit 1996 tätig bei der Tageszeitung 'junge Welt', 'sputniknews' und 'RT DE' und ist gegenwärtig tätig bei 'Transition News' und dem Nachrichtenmagazin 'Hintergrund'. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

● Pino Arlacchi: **Die große Lüge über Venezuela: Die Geopolitik des Erdöls, getarnt als Kampf gegen Drogen**

Laut Pino Arlacchi, ehemaliger UN-Untersekretär und Exekutivdirektor des UNODC (Anti-Drogen- und Anti-Kriminalitätsbehörde der UNO), erwähnt der "Weltdrogenbericht 2025" Venezuela nur insofern, "dass ein marginaler Teil der kolumbianischen Drogenproduktion durch das Land in die Vereinigten Staaten und nach Europa gelangt. Nach Angaben der Vereinten Nationen hat Venezuela seine Position als Gebiet gefestigt, das frei vom Anbau von Kokablättern, Marihuana und Ähnlichem sowie von der Präsenz internationaler krimineller Kartelle ist." 2018 wurden durch Venezuela 210 Tonnen geschmuggelt, aber 2'370 Tonnen wurden in Kolumbien produziert oder gehandelt, und 1'400 Tonnen in Guatemala. Arlacchi: "Ja, Sie haben richtig gelesen: Guatemala ist ein siebenmal wichtigerer Drogenkorridor als der angeblich so gefürchtete bolivarische 'Drogenstaat'. Aber niemand spricht darüber, weil Guatemala, historisch gesehen, nichts zu bieten hat – es produziert 0,01% der weltweiten Gesamtmenge der einzigen nicht-natürlichen Droge, die Trump interessiert: Erdöl." Auch über Ecuador sprechen nur wenige, obwohl dort "kolumbianische, mexikanische und albanische Mafiagruppen in großem Umfang in Ecuador operieren" und dort die Mordrate von 2020 bis 2023 um das 6-Fache gestiegen ist. Aber Ecuador produziert nur 0,05% des weltweiten Erdöls und seine Regierung fordert die USA nicht heraus.

Arlacchi erinnert daran, dass Drogenrouten einer präzisen Logik folgen: "Nähe zu den Produktionszentren, einfache Transportmöglichkeiten, Korruption der lokalen Behörden, Vorhandensein etablierter krimineller Netzwerke. Venezuela erfüllt fast keines dieser Kriterien." Und er erinnert dran, dass sich Venezuela im Kampf gegen den Drogenhandel stets an das bewundernswert effektive kubanische Modell gehalten hat. Für Arlacchi ist bemerkenswert, dass die EU, die keine besonderen Ölinteressen in Venezuela, aber ein konkretes Interesse an der Bekämpfung des Drogenhandels hat, Venezuela kein einziges Mal als Korridor für den internationalen Drogenhandel in seinen Drogenberichten erwähnt. Für Arlacchi verleumdet Donald Trump Venezuela systematisch "mit dem Ziel, sich dessen Öl vorkommen anzueignen".

Pino Arlacchi, Jg. 1951, ist Soziologe und Politiker, war Mitglied der italienischen Abgeordnetenkammer (1994-1996) und Senator (1997) sowie Mitglied des Europäischen Parlaments (2009-2014), war Untersekretär der UNO und Exekutivdirektor des UNODC (UN-Programm zur Bekämpfung von Drogenmissbrauch und Kriminalität). Bekannt wurde er durch seine Studien und Publikationen über die Mafia. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

● Georges Hallermayer: **Burkina Faso mobilisiert die Massen**

Eine von Militärs geführte Übergangsregierung unter Hauptmann Ibrahim Traore versucht, Burkina Faso aus (neo-)kolonialer Unterdrückung und imperialistischer Dominanz zu befreien. Seit zwei Jahren zusammengeschlossen in der 'Allianz der Sahelstaaten' AES, trotzte Burkina Faso mit Mali und Niger einer Militärintervention und den Wirtschaftssanktionen der 'Westafrikanischen

Wirtschaftsgemeinschaft' CEDEAO/ECOWAS. Aktuell bedrohen Terroristen die Bevölkerung von Burkina Faso: Besonders in der Zone zu Mali und Niger hat sich der islamistische 'Etat Islamique au Grand Sahara' (EIGS) festgesetzt, der in den ersten fünf Monaten des Jahres 240 Attacken geführt haben will. Al-Qaida operiert von Benin aus und entzieht sich dort der Verfolgung. An der Grenze im Norden zu Mali soll JNIM (ein Zusammenschluss von Ansar Dine, Katibat Machina, Al-Mourabitoun und 'Al-Quaida im islamischen Maghreb' (AQIM)) etwa ein Fünftel der blutigen Überfälle ausgeführt haben.

In ihrem Kampf gegen den Terror kann die selbst kämpfende Bevölkerung des Landes endlich Erfolge verzeichnen: Es wurden 72% des Landes "zurückerobert", in der Provinz Banwa 23 Dörfer wiederaufgebaut und 65'000 PDIs (interne Flüchtlinge) zurückgeführt, in einer Region im Südosten des Landes die vertriebene Bevölkerung in etwa 100 Dörfern zurückgeführt und die Nationalstraße 11 zwischen Gaoua und Banfora ohne Eskorte befahrbar gemacht. Außerdem will die Übergangsregierung die Entwicklung des Landes bzgl. Transport, Infrastruktur und Wohnen, ländliche Entwicklung und Tierzucht, Wasser und Umwelt, Bergwerke und Steinbrüche sowie Energie zum Nutzen der Bevölkerung vorantreiben. Mit freiwilliger Arbeit der jungen Bevölkerung soll wieder aufgeforscht werden. Laut Georges Hallermayer sollen im ganzen Land sprichwörtlich Hacke und Schaufel in die Hand genommen, Ziegelsteine und Pflastersteine gegossen, Krankenstationen gebaut und Straßen in den Städten und Plätze gepflastert werden. Dabei machen an den Treffpunkten der Aktion jeweils Hunderte von Freiwilligen mit. Spendensammlungen unterstützen die Kampagne.

Georges Hallermayer, Jg. 1946, studierte kommunale Verwaltungswissenschaften, Geschichte, Germanistik und Sozialwissenschaften und arbeitete als Dozent und stellvertretender Zentrumsleiter bei den Carl-Duisberg-Zentren. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

● UNO: Die Sicherheit, die wir brauchen

Der Bericht des Generalsekretärs mit dem Titel "Die Sicherheit, die wir brauchen: Umgewichtung der Militärausgaben für eine nachhaltige und friedliche Zukunft", "um dessen Vorlage die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen im Zukunftspakt ersucht hatten, hat das Ziel, die Auswirkungen steigender Militärausgaben auf die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu analysieren." Der Bericht vom Oktober 2025 macht den Kontext deutlich, der zwischen den auf Rekordhöhe von 2'700 Mrd. US-Dollar befindlichen und weiter steigenden weltweiten Militärausgaben und der zunehmenden politischen Destabilisierung, den sich bildenden Finanzierungslücken sowie der mit den steigenden Militärausgaben einhergehenden Beanspruchung von Ressourcen besteht. Daher wird in dem Bericht empfohlen: "Um dauerhaften Frieden zu sichern, ist eine grundlegende Neuausrichtung der globalen Sicherheits- und Entwicklungsstrategien dringend erforderlich, die der Diplomatie, der Vertrauensbildung und der internationalen Zusammenarbeit Vorrang einräumt, um den aktuellen Trend eskalierender Militärausgaben umzukehren. [...] Eine grundlegende Neuausrichtung der globalen Prioritäten ist unerlässlich und erfordert ein erneuertes Bekenntnis zum Multilateralismus, die Integration der Friedens-, Abrüstungs- und Entwicklungsagenda und eine Neuausrichtung der globalen Finanzstrategien mit dem Ziel, eine sichere, resiliente und gerechte Zukunft zu fördern."

Der Bericht mahnt angesichts der weltweit steigenden Militärausgaben: "Dies untergräbt direkt die Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung, da auf nationaler wie globaler Ebene unverzichtbare Finanzmittel umgeleitet werden. Militärausgaben sind jedoch keine Garantie für Sicherheit; stattdessen schüren sie oft ein Wettrüsten, vertiefen das Misstrauen zwischen den Ländern und destabilisieren die internationale politische Landschaft weiter. Wenn Länder Mittel in Militärausgaben leiten, bindet sie dies langfristig an eine militärisch orientierte Politik, die den Verteidigungsausgaben Vorrang vor Entwicklungsgewinnen einräumt und einen gefährlichen

Rückgang der internationalen Zusammenarbeit signalisiert.“ Abschließend geht der Bericht im Einzelnen auf die Themen ein, in die zu investieren sei, um das Leben der Menschen erheblich zu verbessern.

Die Vereinten Nationen (UNO) sind ein zwischenstaatlicher Zusammenschluss von 193 Staaten und als globale internationale Organisation ein uneingeschränkt anerkanntes Völkerrechtssubjekt. Ihre wichtigsten Aufgaben sind gemäß ihrer Charta die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts, der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit. Im Vordergrund stehen außerdem Unterstützung im wirtschaftlichen, sozialen, humanitären und ökologischen Gebiet. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- Hauke Ritz: **Warum der Weltfrieden von Deutschland abhängt**

Seit dem verstärkten Aufkommen der Feindschaft des Westens gegen Russland beschäftigt sich Hauke Ritz mit Fragen der Außenpolitik und der Friedensforschung, dabei insbesondere mit dem Ost-West-Konflikt. Ritz erkannte schon 2007, dass Kriegsvorbereitungen gegen Russland anfingen, „nicht nur die Aufstellung des Raketenwappens, sondern auch die Dämonisierung des Gegners“. Nachdem der Stellvertreterkrieg 2022 begonnen hatte, seien weder die USA noch Russland in der Lage, einen Kompromiss zu machen. Die USA befürchteten, ihr Gesicht bzw. ihre Autorität zu verlieren. Russland habe ein unlösbares Sicherheitsproblem. Darum hängt nach Ritz alles an Europa.

Aber: „[Wir in Europa verfügen nicht wirklich über Souveränität](#). Das heißt, alle europäischen Länder, insbesondere die wichtigen europäischen Länder werden mehr oder weniger von einer transatlantischen politischen Klasse regiert, man könnte auch sagen, es handelt sich um eine Regierung amerikanischer Einflussagenten. Deren Qualifikation besteht darin, immer den USA zu folgen, immer den bisherigen USA zu folgen, was bisher die USA war, sie haben nichts anderes gelernt. [...] Sie haben nicht gelernt, sich selbstständig in der Welt zu orientieren, sie sind ausgewählt worden für den politischen Prozess aufgrund ganz anderer Qualifikationen, nicht aufgrund ihres Orientierungsvermögens in der Weltgeschichte.“ Durch die gegenwärtige wirtschaftliche Schwächung Europas durch den unterbrochenen Handel mit Russland sei es dem Tiefen Staat der USA gelungen, dass Europa nicht mehr unabhängig agieren könne. Der Versuch durchzuhalten, bis die Kräfte des Tiefen Staates wieder die US-Regierungspolitik direkt bestimmen, werde auch mit Gewalt nicht gelingen, da der globale Trend hin zu einer multipolaren Welt nicht aufzuhalten sei.

Hauke Ritz, Jg. 1975, wandte sich nach seiner Dissertation (Philosophie mit dem Schwerpunkt Geschichtsphilosophie) verstärkt Fragen der Außenpolitik und Friedensforschung (Schwerpunkt Ost-West-Konflikt) zu. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- Ala Goldbrunner: **Viele Tausend in Berlin auf der Straße für den Frieden**

Am 13.09.2025 fand am Brandenburger Tor in Berlin eine Friedendemonstration unter dem Motto „[Stoppt den Völkermord in Gaza! Keine Waffen in Kriegsgebiete! Frieden statt Wettrüsten!](#)“ statt. Dabei wurden die Teilnehmer (lt. Veranstalter 20'000, lt. Polizei 12'000) durch eine Absperrung der Polizei dicht zusammengedrängt. Die Teilnehmer kamen aus unterschiedlichsten Friedensbündnissen und politischen Gruppierungen und waren laut Ala Goldbrunner jünger als auf Friedensdemonstrationen üblich. Die sehr guten Redebeiträge ([Live-Video](#), insgesamt 1h45) kamen von Daniel Aminati (22m30 bis 35m45), Moshe Zuckermann (35m32 bis 43m12,

Videobotschaft), Dieter Hallervorden (56m10 bis 59m36, 1h00 bis 1h08), Roger Waters (1h08 bis 1h22), Sahra Wagenknecht (1h23 bis 1h39). Auf einem [weiteren Live-Video](#): Jeffrey Sachs (1h50 bis 1h57, Videobotschaft in Engl.), Gabriele Krone-Schmalz (1h58 bis 2h15), Rapper Massiv (2h15 bis 2h29) und der Musiker BAUSA (2h29 bis 2h36).

Die Redebeiträge fasst Goldbrunner so zusammen: "Frieden kann es nur geben mit fundierter Kenntnis der Vorgeschichte, sachlicher (nicht ideologischer) Analyse dessen, um daraus Handlungen abzuleiten, die zu echtem, nachhaltigem Frieden führen: auf politischer Ebene Diplomatie auf Augenhöhe, Einhaltung des internationalen Rechts, auf der menschlichen Ebene Empathie für alle Protagonisten." Die Veranstaltung habe in einer sich gegen Hass und Gewalt richtenden sowie für Frieden stehenden Atmosphäre stattgefunden.

Weitere Friedensdemonstrationen fanden in Großbritannien, wo am 13.09. allein in London über 110'000 dabei waren. Bei den seit Monaten stattfindenden Protesten kommt es immer wieder zu Festnahmen. So wurden allein am 06.09. über 700 Menschen arretiert.

In Spanien (Madrid) demonstrierten am 14.09. ca. 100'000 Menschen, um ihre Unterstützung für Palästina zu bekunden. Die Blockade mehrerer Straßen verursachte den Abbruch der letzten Etappe des Radrennens Vuelta, an dem ein israelisches Team teilnahm. Kurz zuvor hatte Ministerpräsident Pedro Sanchez, einer der ersten westlichen Regierungschefs, der Israels Kriegsverbrechen in den palästinensischen Gebieten verurteilte, die Demonstranten gelobt. Am nächsten Tag forderte er, Israel vorläufig von internationalen Sportveranstaltungen auszuschließen, und verwies dabei auf die unterschiedliche Behandlung von Russland und Israel.

Ala Goldbrunner bearbeitet bei den NachDenkSeiten die elektronischen Zuschriften der Leser, bringt Gastbeiträge für die Webseite und spricht Beiträge für das Podcast-Angebot der Webseite. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

• Joe Lauria: **Gegenseitige Hilfe oder Gleichgewicht des Schreckens**

Dass es nach dem von den Kräften des Individualismus und der Gier geführten Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer Kontrolle, der mit Beginn des Kalten Krieges von den USA und Großbritannien mit militärischer Macht vorangetrieben wurde,

- in 1980er Jahren zu großen Friedensdemonstrationen und
- 1991 mit der Wende kurze Hoffnung auf internationale Kooperation und
- heute trotz der von den USA angeführten westlichen Dominanz und der fürchterlichen Kriege zu Ansätzen von internationaler Zusammenarbeit kommt, ist für Joe Lauria Anlass, daran zu erinnern, dass Peter Kropotkin erkannt hat, [dass es unmöglich ist, das natürliche Anliegen der Menschen, sich gegenseitig zu helfen, vollständig zu zerstören](#). Dieses Anliegen, diesen Instinkt legte Kropotkin 1902 in seinem Buch "[Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt](#)" dar.

Lauria stellt zunächst Kropotkins Werdegang und dessen Argumente für seine Sicht vor, dass sich bei Menschen wie bei Tieren ein widerstandsfähiger Solidaritäts- und Sozialinstinkt ausgebildet hat, der "trotz immer raffinierterer Bemühungen [der Eliten] jedoch immer wieder zum Vorschein" kommt. Sogar Darwin habe anerkennen müssen, "dass seine Anhänger den Wettbewerb in der natürlichen Selektion überbewertet hätten".

Auf der Grundlage seiner Erfahrungen beim Studium der Natur in Sibirien hat Kropotkin zahlreiche Belege für die gegenseitige Hilfe unter Tieren geliefert, bei Insekten, Vögeln, Säugetieren und Menschen. Kropotkin vertrat die Ansicht, dass es vor allem die kooperative Seite unserer Natur und nicht die konkurrierende war, die zu unserem Überleben geführt hat – bis heute. Dieser Instinkt werde nur dann verdrängt, wenn Selbstverteidigung des Individuums vom Staat bzw. einer entstehenden Hierarchie gewährleistet wird. Im Mittelalter habe die gegenseitige

Hilfe in Form von Zünften dadurch überlebt, dass sich diese gegen Monarchen und Feudalherren widersetzen. Im Kapitalismus werde dieser Widerstand in Form

- von Gewerkschaften, Genossenschaften, Kämpfen gegen Enteignungen, Streiks sowie
- der Entwicklung sozialistischer, kommunistischer und anarchistischer Organisationen und Parteien sowie
- Wohltätigkeitsorganisationen

manifestiert. Die Garantie für gegenseitige Hilfe sehe Kropotkin nur in dezentralen Gemeinschaften.

In der Zeit insbesondere nach Erscheinen von Kropotkins Buch sieht Lauria die Kooperation insbesondere durch den Konkurrenzkampf der Großmächte bedroht. Für Kropotkin sind die Gründung des Völkerbunds und dann der UN-Organisation der Versuch, die gegenseitige Hilfe in Form von Gesundheit, Entwicklung und weltweiter Zusammenarbeit zu institutionalisieren. Im Gegensatz zu Kropotkin ist der Staat nach Lauria nicht prinzipiell eine Gefährdung der gegenseitigen Hilfe, wie eben die UNO und andere Organisationen und Bewegungen (u.a. BRICS) beweisen.

Joe Lauria ist ein unabhängiger Journalist, der für verschiedene Zeitungen mit Schwerpunkt auf dem Nahen Osten berichtet. Investigativ war er tätig für 'The Sunday Times' und 'Bloomberg News'. Für u.a. 'Boston Globe', 'Montreal Gazette', 'Johannesburg Star', 'Wall Street Journal', 'London Daily Telegraph' berichtete er von den UN. Er schrieb auch für 'New York Times', 'Washington Post', 'salon.com' und 'The Guardian'. (Red.)

[Inhalt ↗](#)